

# Bürgermeister warnt vor Panikmache

Nach Meldungen über eine drohende Zahlungsunfähigkeit der Gemeinde hat sich nun Frank Schmidt (SPD) zu Wort gemeldet / Seine Einschätzung der Lage

Von Henning Schenckenberg

**LÖHNBERG.** Nach den Meldungen über eine drohende Zahlungsunfähigkeit der Gemeinde Löhnberg hat sich nun der derzeit krankgeschriebene Bürgermeister Frank Schmidt (SPD) zu Wort gemeldet. Er räumt die finanziellen Schwierigkeiten ein, weist eine vollständige Zahlungsunfähigkeit jedoch zurück und warnt vor Panikmache. Zudem wehrt er sich gegen Vorwürfe, nicht transparent mit den Geldsorgen der Kommune umgegangen zu sein. Der aktuelle Schuldenstand der Gemeinde betrage 26,8 Millionen Euro.

Frank Schmidt betont in einer insgesamt vierseitigen Presseerklärung, dass die Einnahmen und Ausgaben in Löhnberg immer ordnungsgemäß gelaufen seien. Einzige Ausnahme sei immer das jeweilige Ergebnis eines bestimmten Unternehmens in den Bereichen Wasser, Abwasser und Gewerbesteuer gewesen. „Dies kumulierte vor einem Jahr in der Einstellung der Gewerbesteuerzahlungen sowie der hohen Rückforderung der Gewerbesteuer der vergangenen Jahre“, so Frank

Schmidt. Dies habe die Gemeinde in finanzielle Schieflage gebracht. So etwas sei jedoch nicht zum ersten Mal passiert. „Vor etwa 20 Jahren geschah genau das Gleiche, und auch damals wurden Maßnahmen ergriffen und Lösungen gefunden“, schreibt der Verwaltungschef.

In der Finanzabteilung der Verwaltung habe es zudem personelle Engpässe gegeben. Daher habe er den Landkreis Limburg-Weilburg um Amtshilfe zur Analyse des entstandenen Liquiditätslochs gebeten. Gemeinsam

habe erörtert werden sollen, welche Konsolidierungsmaßnahmen im Haushalt umgesetzt werden müssten. Gleichzeitig sei Kontakt zum Regierungspräsidium Gießen aufgenommen worden, um über das weitere Vorgehen

zu sprechen. „Das Regierungspräsidium hat klare Konsolidierungsschritte gefordert und der Gemeinde Hilfe bei der Umsetzung zugesagt sowie weitere Gespräche vereinbart“, schreibt der Verwaltungschef.

Auch Kritik an mangelnder Transparenz weist Frank Schmidt zurück. Seit Mitte des vergangenen Jahres habe er immer wieder in den gemeind-



Der Gemeinde Löhnberg droht die Zahlungsunfähigkeit. Jetzt meldet sich der krankgeschriebene Bürgermeister Frank Schmidt zu Wort. Symbolfoto: Mika Beuster

lichen Gremien, dem Gemeindeblättchen, auf der Homepage sowie in Gesprächen mit den Medien auf die Probleme hingewiesen. „Wer jetzt behauptet, das finanzielle Loch sei überraschend oder jetzt erst entstanden, der hat mir in den ganzen letzten Monaten nicht zugehört und keine Zeitung gelesen“, so Frank Schmidt.

Der Verwaltungschef betont,

dass die Zahlungsfähigkeit der Gemeinde gegeben sei - zumindest, solange keine „neuen Verwerfungen“ entstünden. Er räumt allerdings ein, dass die Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Landkreis (Kreis- und Schulumlage) und gegenüber dem Abwasserverband „nur mit erheblichem Zeitverzug“ eingehalten werden könnten. „Der einmalige Liquiditätskredit von vier Mil-

lionen Euro soll gerade dieses Problem lösen“, schreibt Frank Schmidt. Alle anderen Zahlungsverpflichtungen würden „ordnungsgemäß bedient“.

Er bestätigt auch, dass Löhnberg bei der Prüfung der Jahresabschlüsse hinterher hänge. „Das ist nicht gut, weshalb ich den Landkreis auch um personelle Unterstützung gebeten habe“, schreibt er. Allerdings seien die Jahresabschlüsse bis

2021 aufgestellt und in der Gemeindevertreterversammlung bekannt gegeben worden. Der Jahresabschluss 2022 befinde sich in Arbeit und könne, sowie der Haushalt fertig vorgelegt sei, abgeschlossen werden.

Gemeinsam mit der Halbtagsstelle in der Finanzabteilung sowie der Unterstützung des Landkreises arbeite er intensiv an der Erstellung des

Haushaltes und des Haushaltssicherungskonzeptes.

**Haushalt 2024 soll ausgeglichen sein**

Darin würden viele Maßnahmen vorgeschlagen, um die Ausgaben der Gemeinde zu reduzieren und die Einnahmen zu verbessern. „Dadurch rechnen wir mit einem Verbesserungsvolumen von 500.000 Euro pro Jahr“, so Frank Schmidt. Dies bedeute, dass der Haushalt 2024 ausgeglichen sei. Die Fertigstellung und Einbringung des Haushaltes 2024 habe in diesem Jahr mehrmals verschoben werden müssen. Grund dafür seien unter anderem „gezielte Störfeuer durch die Freien Wähler“ gewesen, die die Verwaltung „immer wieder aus dem Prozess herausgerissen“ hätten. „Wäre dies nicht gewesen, hätte ich den Haushalt und das Haushaltssicherungskonzept bereits im März einbringen können“, schreibt Frank Schmidt.

Er selbst befinde sich derzeit im Krankenstand. Nach einem Schlaganfall im Jahr 2018 habe er eine Reha abgelehnt. Nun habe sich sein Gesundheitszustand aber wieder verschlechtert. Nach einer eingehenden Untersuchung in der Klinik sei ihm geraten worden, eine Reha anzutreten, um seine Arbeitsfähigkeit wieder herzustellen.



Frank Schmidt  
Foto: Frank Schmidt